

A n t w o r t

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ellen Demuth (CDU)
– Drucksache 17/6449 –

Sachstand geplante Umgehung Straßenhaus

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/6449** – vom 11. Juni 2018 hat folgenden Wortlaut:

Die Bundesstraße B 256 zwischen Rengsdorf und der A 3 ist stark belastet und führt mitten durch Straßenhaus und Gierenderhöhe. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welches Ergebnis hat das Planfeststellungsverfahren für die Umgehung Straßenhaus?
2. In welchem Zeitrahmen soll das Projekt umgesetzt werden?
3. Wie steht die Landesregierung zu einer Tunnellösung als Ersatz für eine Umgehung, wie sie die Bürgerinitiative vor Ort fordert?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. Juni 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Das Planfeststellungsverfahren zur Baurechtsbeschaffung für die Ortsumgehung Straßenhaus im Zuge der B 256 wurde eingeleitet. Vom 19. März 2018 bis zum 18. April 2018 haben die Planunterlagen für die Maßnahme vor Ort in den betroffenen Gemeinden ausgelegen. Bis zum 18. Mai 2018 konnten Einwendungen und Stellungnahmen im Rahmen des Verfahrens gegen das Projekt erhoben werden. Im nächsten Schritt steht die Bearbeitung der Einwendungen und Stellungnahmen an. Das Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens liegt daher noch nicht vor.

Zu Frage 2:

Der zeitliche Rahmen für die Umsetzung der Maßnahme ist maßgeblich davon abhängig, wann das erforderliche Baurecht vorliegt. Insofern sind derzeit noch keine konkreten Aussagen zum Umsetzungszeitrahmen möglich.

Als reine Bauzeit für die dem Planfeststellungsverfahren zugrunde liegende Planung der Umgehung sind rund zwei Jahre vorgesehen.

Zu Frage 3:

Die von der Bürgerinitiative geforderte alternative Tunnelvariante für die Umgehung Straßenhaus wurde nach eingehender fachlicher Prüfung aus wirtschaftlichen und technischen Gründen ausgeschlossen.

Dr. Volker Wissing
Staatsminister